

## **Politiker, Politiker, gebt uns unseren Glauben wieder**

Kurz vor der Sommerpause 2009 und somit kurz vor den Wahlen wurde bei dem Spatenstich am Autobahnabschnitt Hulb von allen zuständigen Politikern – vom Regierungspräsidenten bis hin zur Staatssekretärin Roth vom Bundesverkehrsministerium – unisono erklärt, dass die durch Lärm und Feinstaub gestresste Bevölkerung der Stadtteile Goldberg/Unteres Lauch einen 850-Meter-Deckel bekäme. Bis heute steht eine schriftliche Erklärung allerdings aus. Und damit wären wir wieder auf dem gleichen Stand wie in den 1980er Jahren, als man auch versprach, aber nichts hielt.

Als jetzt eine Erweiterung der Autobahn auf sechs beziehungsweise acht Spuren im Gespräch war, suchten die Bürger verzweifelt nach schriftlichen Belegen, die vonseiten der Politiker als „Beweis“ eingefordert wurden, dass es eine Zusage zur Überdecke-

lung gegeben hätte. Bei alten Zeitungsartikeln wurde man schließlich fündig. Wohlweislich hatten sich die Verantwortlichen von damals nicht schriftlich festgelegt. So nach dem Motto: Was schert uns unser Geschwätz von gestern. Auch die Aussagen der Zeitzeugen zählten plötzlich wenig bzw. gar nicht.

Und nun die Duplizität der Ereignisse. Das Schauspiel wiederholt sich zum zweiten Mal. Monate sind seit Juli 2009 ins Land gegangen, aber dem mündlichen Wollen folgen bis jetzt keine Taten. Die 850 Meter Überdeckung bleibt weiter eine Fata Morgana. Doch noch einmal wollen sich die Bürger nicht verschaukeln lassen. Wir fordern nach Monaten des Schweigens und Hinhaltens, dass die mündliche Vereinbarung von den Beteiligten endlich schriftlich fixiert wird.

Für den 850-Meter-Tunnel sind wir dankbar, aber natürlich können wir damit nicht zufrieden sein. Wir sind angetreten für die drei Stadtteile Goldberg, Unteres Lauch und Viehweide. Mit einem 850-Meter-Tunnel

wird nur der Abschnitt von der Firma Bitzer bis zum Roten Kreuz geschützt. Der Rest guckt im wahrsten Sinne des Wortes in die Röhre. Der Stadtteil Viehweide wurde erst gar nicht bedacht. Auf die Nachfrage eines betroffenen Bürgers meinte die damalige Staatssekretärin Karin Roth, man solle eben „das Vieh woanders weiden lassen“. Eine erstaunliche Aussage von einer Staatssekretärin, die zudem auch noch aus Baden-Württemberg kommt und genug Gelegenheit gehabt hätte, sich kundig zu machen. Dass es sich hier nicht um lärmgeplagtes Vieh, sondern um verzweifelte Bürgerinnen und Bürger handelt, ist ihr wohl entgangen.

Eine Galerie könnte Abhilfe für die Viehweide schaffen. Dass das zurzeit aus Kostengründen nicht möglich ist, sehen wir ein, aber es könnte in einem zweiten Schritt nachgerüstet werden, wenn in einigen Jahren wieder Geld im Staatssäckel ist, was man ja nicht ganz ausschließen möchte. Ein entsprechender Passus müsste allerdings schon heute eingebracht und schriftlich

festgehalten werden. Wir sollten aus der Vergangenheit lernen. Doch zurzeit ist Funkstille. Man stellt sich die bange Frage, bewegen sich unsere Volksvertreter nur, wenn Wahlen anstehen? Wo ist denn die im Juli letzten Jahres so viel gepriesene Gemeinsamkeit? Man muss den Eindruck gewinnen, der „Schwarze Peter“ wird ständig dem anderen untergejubelt. Ein unwürdiges Spiel, das langsam zum Ende kommen sollte. Nur so können Glaube und Vertrauen in die Politiker zurückgewonnen werden.

**Anne Graf, Sindelfingen**